



## **AFRIKA/MALI - Nach der Bildung einer Übergangsregierung werden rasche Verhandlungen mit den bewaffneten Gruppen im Norden erwartet**

Bamako (Fidesdienst) – Die Dauer der Übergangszeit in Mali wurde nach dem Militärputsch am 22. März auf eine Frist von 12 Monaten festgelegt. Dies geht aus Vereinbarungen hervor, die am gestrigen Sonntag, den 20. Mai zwischen den Putschisten und den Übergangsbehörden in Bamako in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (CEDEAO) getroffen wurden.

Der ehemalige Parlamentspräsident und derzeitige interimis-Staatschef Dioncounda Traoré, der zunächst auf der Grundlage von Vereinbarungen vom 12. April für eine Übergangszeit von 40 Tagen für dieses Amt ernannt wurde, wird dieses Amt weiterhin bekleiden.

Die Vereinbarungen müssen noch von den Parteien in Mali bestätigt werden. „Heute und morgen werden verschiedene Parteien und Vertreter der Zivilgesellschaft entscheiden, ob sie die Vereinbarungen zwischen der Militärjunta und der CEDEAO akzeptieren werden“, so der Sekretär der Bischofskonferenz in Mali, Pfarrer Edmond Dembele zum Fidesdienst.

Die Vereinbarungen, die gestern unterzeichnet wurden, scheinen den Putschisten einige Zugeständnisse zu machen. Bereits vor drei Tagen wurde eine Amnestie für die Teilnehmer des Staatsstreichs vom 22. März von der Nationalversammlung verabschiedet. „Auf der Grundlage der Vereinbarungen vom 20. Mai hat der Chef der Militärjunta, Amadou Sanogo zudem den Status eines ehemaligen Staatschefs erlangt mit allen Vorteilen, die sich daraus ergeben. Die Putschisten werden auch eine Kommission bilden, die mit einer Reform der Armee beauftragt sein wird“, so Pfarrer Dembele. Über den Norden von Mali, wo mehrere bewaffnete Gruppen die Gebiete kontrollieren, sagt Pfarrer Dembele: „Es wurde ein humanitärer Korridor für Hilfslieferungen geschaffen, in deren Rahmen die Menschen mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden“.

„Was die Verhandlungen anbelangt, so wird nach der Amtsübernahme des Präsidenten und der Übergangsregierung, die international anerkannt sind, werden nun rasche Verhandlungen mit den bewaffneten Gruppen erwartet, die die Gebiete kontrollieren“, so Pfarrer Dembele. In der vergangenen Woche hat der von der CEDEAO mit der Vermittlung in Mali beauftragte Präsident von Burkina Faso, Blaise Compaoré, bereits Kontakte mit den Bewegungen aufgenommen. (LM) (Fidesdienst, 21/05/2012)